

Saarland

HOCHSCHULE

Auf dem Gelände der Alten Schmelz in St. Ingbert entsteht ein neues Schülerforschungszentrum. Seite B 5

INTERNET

Zur Digitalisierung von Dokumenten reicht heute ein Smartphone mit Kamera und Scanner-App. Wir geben Tipps. Seite B 5

SAARBUECKER-ZEITUNG.DE/SAARLAND

Streit um Saar-Wälder entbrannt

In den saarländischen Wäldern wird kräftig die Axt geschwungen, damit das verkaufte Holz ordentlich Geld in klamme Kassen bringt. Das zumindest werfen Waldbürgerinitiativen insbesondere den Kommunen vor.

VON UDO LORENZ

SAARBÜCKEN/SIERSBURG/THOLEY

An Waldwegen stapeln sich dicke Stämme gefällter Bäume und der Blick nach links und rechts zeigt immer mehr lichte Stellen im teils maschinenzerfurchten und unaufgeräumten wirkenden Wald. Jetzt schlägt das Bündnis von acht saarländischen Waldbürgerinitiativen Alarm. „Mit wachsender Beunruhigung sehen wir, dass sich der Wald im Saarland in keinem guten Zustand befindet. Nicht einmal jeder fünfte Baum ist noch gesund“, heißt es in einem Offenen Brief an den Saarländischen Städte- und Gemeindetag (SSGT) zum Zustand des Waldes und seiner Bewirtschaftung. Kritisiert werden darin zuviel Holzeinschlag aus wirtschaftlichem Interesse und zu wenig Waldschutz samt Erholungsfunktion für Bürger.

Fakt ist, dass den Saar-Wäldern, die sich grob gesagt zu jeweils etwa einem Drittel in Hand von Staat, Kommunen und Privatbesitzern befinden, B3. Das Pro und Kontra Holzeinschlag bleibt dagegen unstritten. „Ich glaube nicht, dass zuviel Holz eingeschlagen wird“, sagt der Präsident des Städte- und Gemeindetages, der Tholeyer Bürgermeister Hermann Josef Schmidt (CDU). Jedenfalls seien ihm aus den Kommunen keine entsprechenden Klagen zu Ohren gekommen. Vom Borkenkäfer oder mit anderen Krankheiten befallene Bäume müssten aber leider gefällt werden, um Schädlingsverbreitung zu verhindern und drohenden Gefahren auf Waldwegen zu begegnen. Ihm sei dagegen nicht bekannt, dass in



Bürgerinitiativen befürchten, dass in saarländischen Wäldern zu viel Holz geschlagen wird – aus wirtschaftlichem Interesse.

SYMBOLFOTO: IMAGO

den Kommunalwäldern in verstärkter Maße Bäume gefällt würden, um zusätzliche Einnahmen zu erzielen. „Wenngleich durch den Verfall der Preise für Tannen und Fichten die Erlöse sinken und in den Haushalten der Kommunen so zusätzliche Defizite entstehen.“ In Tholey und am Schaumberg, so Schmidt, hat man in Zusammenarbeit mit dem Umweltschutzbund Nabu sogar ein Patenschaftsprojekt gestartet, mit dem Bürger für 250 Euro einen alten Baum für die nächsten 100 Jahre vor der Axt retten können.

Etwas anders sieht die Situation im auf Bewirtschaftung angewiesenen staatlichen Saarforst und dem Privatwald aus. „Wir haben

im Saarland 45 000 Waldeigentümer mit einem Flickenteppich von verschiedenen Eigentümerinteressen zwischen Staats- und Kommunalwald“, sagt der Vorsitzende des Saarländischen Waldbesitzerverbandes, Michael Klein (Siersburg). „Jeder hat eine eigene Handschrift: Der eine will Piepmätze hören und macht nix in seinem Wald, der andere will Brennholz nutzen, der Dritte betrachtet den Wald als Geldanlage und der Vierte schlägt den einen oder anderen Stamm mal ein, um sich eine Hütte oder etwas anderes zu bauen.“

Regelrechten Kahlschlag gebe es aber auch im Privatwald nicht: „Wir gehen nicht hin und hauen einen halben Hektar Wald um“, betont Klein, der 2017 vom größten saarländischen Privatwaldbesitzer Wendelin von Boch den Verbandsvorsitz übernommen hat. „Wir suchen uns vielmehr die dicksten und schönsten Stämme raus, schlagen die dann, und verkaufen sie natürlich auch – ist ja keine Schande“, betont er. „Der gesamte Wald Deutschlands bindet so viel CO₂ wie der gesamte Verkehr in unserem Land, aber wenn Sie Holz im Wald stehen und verrot-

ten lassen, dann wird das Kohlendioxid nur erneut wieder freigesetzt.“ Und gefälltes Holz, das für Möbel, Haushaltsgegenstände oder Dachstühle eingesetzt werde, sei allemal umweltfreundlicher als die Verwendung von Kunststoffen oder Stahl dafür.

„Wir gehen nicht hin und hauen einen halben Hektar Wald um.“

Michael Klein
Vorsitzender des Saarländischen
Waldbesitzerverbandes.

Privatwald-Verbands-sprecher Klein gesteht zwar ein, dass die Volksseele gelegentlich kocht, wenn da mal am Waldrand eine dicke

Eiche liegt, die 150 Jahre und länger gestanden hat. „Aber Sie können einen faulen absterbenden Baum keine Verwendung mehr zuführen – und wenn wir nichts tun würden im Wald, würden wir dem Klimaschutz einen Bärendienst erweisen.“ Dagegen meint Waldbündnis-Sprecherin Nicole Brill (Winterbach): „Wir beobachten zunehmend mit Sorge, dass verstärkt alte Laubbäume für den Export gefällt werden, um möglicherweise Einnahmeverluste bei Nadelbäumen zu kompensieren. Aus unserer Sicht wird so das Tafelsilber verramscht, da genau diese Bäume als unsere Verbündete gegen den Klimawandel dienen können.“

Beim staatlichen Saarforst, der seit 1. April mit Thomas Steinmetz einen neuen Chef hat, heißt es dazu auf SZ-Anfrage: „Es ist immer gut, wenn man sich um den Wald kümmert. Alle, die beim Forst arbeiten, lieben und schätzen den Wald, denn wird nicht Förster geworden, um den Wald zu vernichten oder zu zerstören. Aber oft vergessen wird dabei, dass wir alle auch Holzkonsumenten sind.“ Dennoch schlage der Saarforst deutlich weniger Bäume ein als natürlich nachwachsen oder frisch aufgeforstet werden. Zu den während der herbstlich-winterlichen Hauptholzerntezeit aufgehäuften Baumstämmen am Wegesrand erklärt Steinmetz: „Das für die Käufer zum Abholen bereitgestellte Holz wartet manchmal noch längere Zeit darauf, abgeholt zu werden.“ Der Saarforst selbst setze bei der Holzernte nur noch zu etwa 20 Prozent schwere Harvester-Erntemaschinen ein und belasse zum Teil bewusst Äste und Zweige auf dem Boden, da solches Totholz auch eine wichtige Lebensfunktion für Tiere und Pflanzen habe. „Wir wollen, dass trotz Nutzung mehr Wald da ist“, betont denn auch immer wieder Forst- und Umweltminister Reinhold Jost (SPD). „Und der Wald ist für alle da.“

KOLUMNE CORONA-VISITE

Intensivstationen sind in Gefahr

Dritte Welle. Die Pandemie schüttelt uns erneut heftig durch. Corona hat die vorhandenen Lecks genutzt, hat die Virus-Mutante B.1.1.7 ans Steuer gelassen und einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Wir müssen gemeinsam alles daransetzen, gegenzusteuern, Rettungsboote bereitmachen. Sonst wird uns diese Welle mehr als nur nasse Füße bereiten. Sie denken jetzt: Schwarzmalerei, realitätsferne Polemik, Stimmungsmache? Nein. Es sind Fakten.

In unserem Corona-Schwerpunktzentrum auf dem Winterberg liegen gerade mehr als die Hälfte der Corona-Patienten beatmet auf der Intensivstation. Mehr als zwei Drittel davon sind jünger als 60 Jahre. Menschen, die voll im Leben stehen – beruflich und familiär – werden Wochen und Monate zur Genesung brauchen. Nicht alle werden dieses Ziel erreichen.

Wir bereiten uns dank steigender Infektionszahlen darauf vor, in den kommenden Wochen weitere schwerstkranke Corona-Patienten auf unseren Intensivstationen zu versorgen. Deutlich mehr als jetzt, denn zwischen Infektion und Intensivstation liegen meist zwei bis drei Wochen, manchmal auch länger.

Die Intensivstationen sind die Rettungsboote der dritten Welle. Doch wird der Wellengang zu hoch, kommen auch Rettungsboote ins Wanken, mit dann fatalen Folgen. Daher mein Weckruf an alle: Zurück ans Ruder – jetzt!

Dr. Christian Braun (45) ist Geschäftsführer und Ärztlicher Direktor des Klinikums Saarbrücken sowie Vorsitzender der Saarländischen Krankenhausgesellschaft. In der Kolumne „Corona-Visite“ berichten Ärzte und Pflegepersonal vom Alltag in der Pandemie.



CHRISTIAN BRAUN

Achtung, hier blitzt heute die Polizei

SAARBÜCKEN (red) Die saarländische Polizei hat folgende Geschwindigkeitskontrollen für Dienstag, 13. April, angekündigt: In Saarbrücken, auf der L 266 zwischen Götterborn und Illingen, auf der L 158 zwischen Losheim und Mettlach und auf der A6 zwischen Dreieck Saarbrücken und Homburg.



Ein Fichtenhain in Blieskastel – vom Borkenkäfer zerfressen. FOTO: BECKERBREDEL

Verwirrung um Impf-Ort für pensionierten Grenzgänger

Wohnsitz im Saarland, aber Rente und Krankenversicherung kommen aus Luxemburg: Ein 84-jähriger Rentner sorgt bei der Impf-Hotline für Ratlosigkeit.

VON SOPHIA SCHÜLKE

PERL/SAARBÜCKEN Gleich drei verschiedene Antworten hat Franz S. aus Perl erhalten, auf ein- und dieselbe Frage zu seinem Impftermin. „Werde ich die Impfung überhaupt erhalten, wenn ich zu dem Termin fahre?“, fragte sich der 84-Jährige, der nicht mit seinem richtigen Namen genannt werden möchte. Die E-Mail mit Terminen habe den Vermerk beinhaltet, dass eine Impfung nur „im Falle des Nachweises einer inlän-

dischen Krankenversicherung bei ausländischem Wohnsitz“ erfolgen könne. Tatsächlich ist sein Fall etwas kompliziert: Mit seiner Frau hat er mehrere Wohnsitze innerhalb der EU, seit Beginn der Pandemie, der eingeschränkten Reisefreiheit und mehreren Krankenhausaufenthalten innerhalb der Familie ist das Ehepaar vorübergehend mehrheitlich in Perl zu Hause, mehr als 40 Jahre hat er in Luxemburg gearbeitet und bezieht seine Hauptrente aus dem Großherzogtum, wo er auch noch krankenversichert ist.

Anfang März hat der 84-Jährige sich an die Corona-Hotline gewandt, um sicherzugehen, dass er im Saar-

land geimpft werden kann. „Eine Stunde habe ich mit dem Berater am Telefon gesprochen, er hat meine Daten in den PC eingegeben und bekam insgesamt drei unterschiedliche Antworten“, sagt der 84-Jährige. Die Antworten würden sich summieren lassen unter: Nein. Vielleicht, je nach Entscheidung vor Ort. Ja, aber gegen Vorkasse mit Möglichkeit auf Rückerstattung bei der Krankenkasse. Der Berater sei sehr freundlich gewesen, aber die Auskunft war dem 84-Jährigen zu vieldeutig. Er schrieb an das Impfzentrum und bekam telefonisch zugesichert, dass er selbstverständlich im Saarland geimpft werden könne. Und einen konkre-

ten Ansprechpartner im Impfzentrum vor Ort, falls es beim Termin Probleme geben sollte.

„Natürlich kann eine Person, wenn sie ihren Wohnsitz in Deutschland hat, auch bei uns geimpft werden“, teilt eine Sprecherin aus dem Gesundheitsministerium auf Nachfrage mit. Hier greife Paragraph 1 der Impfverordnung des Bundes. Wo man renten- oder zusatzversichert sei, spiele keine Rolle. Wer seinen ständigen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland habe oder hier krankenversichert sei, sei impfberechtigt. Die Auskunft, die der 84-Jährige von seinem Impfzentrum erhalten hatte, war also richtig.

Als gewöhnlicher Aufenthalt gilt übrigens ein zeitlich zusammenhängender Aufenthalt von mehr als sechs Monaten, wobei kurze Unterbrechungen unberücksichtigt bleiben. Die Sechs-Monats-Grenze gilt nicht, wenn der Aufenthalt ausschließlich zu Besuchs-, Erholungs-, Kur oder ähnlichen privaten Zwecken dient und nicht länger als ein Jahr dauert.

In der Zwischenzeit hatte das Ehepaar aus Perl aber auch einen Termin im luxemburgischen Bad Mondorf bekommen, und absolviert. „Für uns sieht es gut aus, wir haben jetzt einen sicheren Termin für uns beide an einem Tag, zur selben Uhrzeit“,

sagt der 84-Jährige. Letztlich ist es auch geografisch der kürzere Weg, denn statt 40 Kilometer nach Saarlouis zu fahren, erreicht das Ehepaar, das noch einen Wohnsitz im Großherzogtum hat, sein Luxemburger Impfzentrum nach 13 Kilometern.

Luxemburg befindet sich in Impffase vier, in der auch Menschen im Alter von 65 bis 69 Jahren und aufgrund von Vorerkrankungen gefährdete Personen geimpft werden. Grenzgänger nach Luxemburg werden in dem Land geimpft, in dem sie wohnen.

WEITERE INFORMATIONEN unter www.saarland.de und covid19.public.lu

Produktion dieser Seite:
Michael Kipp, Sophia Schülke
Johannes Schleuning